

**Verkauf.**  
Luftige Dampfmaschine  
eine ist mit oder  
Näheres beim  
ritz Glück,  
Alvintz.

**Wur.**  
eingeführtes Haus  
gefäßige Lieferanten  
offerten gefälligst  
arg sub Q. 1238  
2-3

**m's**  
natische  
s: Thee  
Rheumatismus)

**Sur**  
ungsmittel,  
Durch Abk. Dr.  
f. 1. Wajelbar  
Wegen gegen  
Wien, 28. März  
1871.

achtete wurde.  
Organismus;  
die Theile des  
innerlichen Ge-  
webensstoffe aus-  
ter andauernde.  
den, Rheumatis-  
schen Uebeln,  
Schlechts- und  
dem Körper ober-  
schwächen.

ig zeigte dieser  
Milch, sowie  
heiligen Reiz-  
Wagenbrücken,  
lung, Barmke-  
che, Fluß bei  
u, Drüsenge-  
gebelt durch  
in mildes Gel-  
mittel in.  
ngs- und Be-  
gen gratis zu-  
it gemäß obige  
wir nachstehend  
n:

in Neunbüchen-  
rag (Wismen),  
ember 1874).  
Wihelm's anti-  
ungsmittel ge-  
geben für dessen  
wohl  
Eberharder.

in Neunbüchen-  
(Comitat), Post  
ber 1874.  
Herr's Wilhelm's  
reinigung-Thee  
geheigen Arznei-  
die Wirkung  
den Ursprung's  
Beizfarbst.

in Neunbüchen-  
entler 1874.  
den von ihrem  
selben, mit ein-  
s auf die letzte  
bis jetzt schon  
ahre ein lang-  
die nur noch  
vier Pakete zu

in Nürnberg.

rd gewarnt.  
antireumatische  
ber ersten inter-  
antireumatische  
g e n bei diesen  
Vierpacken.

nach Verfü-  
ng in viercent  
Wandung 10 fr.  
s ist der erste  
eumatische

ayer, Kauf-  
nd Friedr.  
el.

Fröhlich,  
r. Apotheker.  
er.

nd, Apotheker.  
r. Apotheker.  
er.

er. Apotheker.  
er.

er. Apotheker.  
er.

er. Apotheker.  
er.

er. Apotheker.  
er.

er. Apotheker.  
er.

er. Apotheker.  
er.

**Erste**  
außer der Sonn- und  
Feiertage täglich.  
Kostet für das halbe Jahr  
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.  
50 kr., ein Monat 85 kr.  
Mit Zustellung in das  
Haus 1 fl.  
Einzeln Nummern 5 kr.  
Mit  
Postverendung:  
Im Inland:  
halbjährig 7 fl., viertel-  
jährig 3 fl. 50 kr. 6. 23.  
Im Ausland:  
vierteljährig 4 fl. 50 kr.  
Redacteur und Eigen-  
thümer  
Th. Steinhausen.

# Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

# Siebenbürger Boten.

**Inserate**  
aller Art werden in der  
Steinhausen'schen Buch-  
druckerei angenommen; für  
Pest bezogen dieselben:  
Haasenstein & Vogler,  
Zul.-Exp. V. Gieselpapier 1,  
L. Lang & Co., Ann.-Exp.  
Bd. 1; für Wien die  
Ann.-Exp.: A. Oepelik,  
Wollzeile 22, Rotter &  
Co., I. Riemergasse 13,  
R. Mosse, Seilerstraße 2;  
für's Ausland: Haasen-  
stein & Vogler in Berlin u.  
Hamburg, Frankfurt am  
Main, Basel und Paris.  
Der Raum einer ein pal-  
tigen Garnaturseite kostet  
einmaligen Einblendung  
7 kr., das 2. Mal 6 kr., das  
3. Mal 5 kr. 6. W., ercl. der  
Stempelgebühren à 30 kr.

**Illial-Abonnements-Bureaus:** In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben, Buchhandlung; in Schässburg in C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szasz-Reen bei Herrn Dengjel & Wachner, Kaufleute; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mühlbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in Maros-Vasárhely in Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn Schell & Comp. Buchhändler; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidner, Buchhändler; woselbst die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 56. Sermannstadt, Dienstag am 9. März 1875.

Sermannstadt, 8. März.  
Graf Szapáry hat bei seinem Austritte aus dem Ministerium des Innern an sämtliche Municipien, also auch an die des Königsbodens, einen Vale-Erlaß gesendet, den wir in der letzten Nummer unseres Blattes unsern Lesern vollinhaltlich mitgeteilt haben. Es ist dieser Erlaß eine der gelungensten Manifestationen des scheidenden Ministers und kann einer freundlichen Aufnahme seitens der Municipien sicher sein. Wenn wir noch einmal darauf zurückkommen, so ladet uns dazu ein Passus des Rundschreibens ein, welcher von dem während des Grafen Julius Szapáry Regiment vorgekommenen Reibungen zwischen Municipien und Ministerium handelt. Es ist dieser Passus nicht ohne Interesse und deshalb reproduciren wir denselben. Derselbe lautet:  
„es bestehen im gegenwärtigen Organismus unserer administrativen Verhältnisse noch viele Einrichtungen, welche den heutigen Anforderungen der öffentlichen Verwaltung nicht entsprechen und viele solche Fragen, in welchen das Leben und die Progreß die bestehenden Einrichtungen überflügelt haben; unter solchen Umständen und speciell wegen des noch unkoordinierten Verhältnisses, das zwischen den Staats- und Municipalbeamten besteht, ist es schwer, Reibungen gänzlich zu vermeiden; umsomehr gereicht es mir zur Freude, anerkennen zu müssen, daß trotz dieser Schwierigkeiten kaum ein Fall vorgekommen ist, in welchem das autonome Recht der Municipien den Befugnissen der Central-Regierung ein Hinderniß bereitet hätte und wo eine Schwierigkeit sich zeigte, lag der Grund nicht in dem Vorgehen der Municipien, sondern in einigen, unter sich nicht in Einklang befindlichen Bestimmungen der bestehenden Gesetze, deren Mängel zu beheben Aufgabe der Gesetzgebung sein wird.“

Es ist das ein recht schönes Zeugniß, welches der abgehende Minister den Municipien ausstellt, und wenn auch seine Aufrichtigkeit nicht so weit geht, um zuzugestehen, daß, abgesehen von der mangelnden Ordnung im Verwaltungs-Organismus, durch einseitige und willkürliche Maßregeln der Centralregierung gar manche Reibung und berechtigter Widerstand provocirt worden sind, so spricht er doch die Municipien jeder Schuld los und ledig.  
Am richtigsten aber ist es, daß er den Moment betont, daß die bestehenden Gesetze oft nicht im Einklang zu einander stehen. Wir zumal auf dem Königsboden wissen ein Lied davon zu singen. Wir leiden trotz dessen, daß wir kein definitives Municipalgesetz besitzen, trotz dessen, daß das Gemeindegesetz nur cum grano salis als für uns bindend angesehen werden kann, indem verschiedene Bestimmungen desselben für uns als nicht gültig höhern Ortes excipirt worden, an einem leidigen Ueberfluß von Gesetzen und die Folge davon ist — wie ganz natürlich — ein trotzloses Durcheinander, welches in seinen geradezu gefährlichen Folgen nur durch ein vorläufiges Vorgehen der Verwaltungsorgane — aber auch da nur theilweise paralytirt wird.

Wir sind in der Lage uns mit zwei Municipalgesetzen auszuheilen zu können. Einmal das provisorische Wenzheim'sche Statut, welches für die Sachen zumal, von nationalem Standpunkte gewiß warme Theilnahme verdient, dann als Subsidiarquelle die alten Regulativpunkte. — Ebenso verhält es sich mit unserer Gemeindeverwaltung. Der 18. Gesezartikel von 1872 ist ebenfalls durch die Regulativpunkte flankirt und dann durch den Ufusz, welcher in dem einen Statute so, im andern wieder anders, heute aufrechterhalten wird. Die Folge davon ist eine Verwirrung der Begriffe, welche einerseits zu wiederholten Reibungen mit der Centralregierung den Anlaß bietet, andererseits lähmend wirkt auf die geistliche Entwicklung unserer Gemeinden und ihre Vermögensgebarung.

Wie oft hat man schon auf diese Uebelstände die Aufmerksamkeit der maßgebenden Factoren zu lenken versucht und immer war es vergeblich. Petitionen, Repräsentationen, Interpellationen die schwere Menge, was hatten sie für ein Resultat? Sie waren Schläge in das Wasser, welche kleine Wellen schlagend, die gute Laune der Minister und des Hauses trübten, bald aber, ohne Spuren zu hinterlassen, verhallten.

Der neue Minister des Innern wird gut thun, wenn er das Rundschreiben, womit sein Vorgänger dem freundlichen Andenken der Municipien sich empfiehlt, durchliest und namentlich jenem Passus einige Aufmerksamkeit widmet, den wir heute als einen bedeutamen hervorgehoben haben. Es ist schon seit Jahren „Aufgabe der Gesetzgebung“ gewesen, die erwähnten Mängel zu beheben und wann sie es bisher trotz alledem nicht gethan, so ist es Pflicht des gegenwärtigen neuen Regimes, die alte Unterlassungssünde gut zu machen und die Gesetzgebung durch endliche Vorlage der betreffenden Entwürfe in die Lage zu versetzen, ihre Schuldigkeit zu thun.

Wir Sachsen haben es nicht unterlassen jeden Augenblick zu benützen, der uns günstig erschien, um unsere Wünsche nach der definitiven Regelung der Municipal- und Gemeindezustände auf dem fundus regius auszusprechen. Die desatitischen Minister und die bisherige Reichstagsmajorität fanden nicht Zeit und Gelegenheit unsere berechtigten Bitten zu willfahren. Versuchen wir es nun mit dem neuen Regime, mit der liberalen Partei, welche aus der Verschmelzung der beiden großen politischen Gegenparteien entstanden ist. Die Justiz hat ja den Fortschritt, die Reform, die Reorganisation auf die Fahne geschrieben und der siegreiche Leiter dieser Bewegung, der neue Minister des Innern, hat die politische Ehrlichkeit als eine Eigenschaft für sich in Anspruch genommen, welcher er nie ungetreu werden wolle.

Die Schaffung des eigenen Municipalgesetzes für den Königsboden ist aber ein Fortschritt, denn es werden veraltete Zustände dadurch gänzlich beseitigt, es ist eine Reform, denn an Stelle von schwankenden gesetzlichen Bestimmungen tritt eine feste Norm, es ist eine Reorganisation, denn sie hebt den gegenwärtigen, den Interessen der Regierung wie denen der Bevölkerung gleichmäßig abträglichen Organismus auf und sie ist endlich ein Act der politischen Ehrlichkeit, denn sie ist die Einlösung einer dem Königsboden von der gesetzgebenden Versammlung des Reiches feierlich und förmlich gegebenen Zusage.

Man könnte uns den Vorwurf machen über unsere Einseitigkeit, wenn wir jetzt, in dem Augenblicke, wo die Interessen des ganzen Reiches, seine Gesamtwohlfahrt auf dem Spiele stehen, wieder mit jenen Wünschen uns nahen, die einen speciellen Character haben und eigentlich nur unsere engeren Interessen im Auge haben, und es wird nicht an Stimmen fehlen in der ungarischen Presse, welche darin wieder einen Beweis unserer nationalen Engherzigkeit, einen Beleg mehr für den mangelnden Patriotismus sehen; — allein das kann uns nicht beirren, gerade und offen zu erklären: Wir müssen dem neuen Ministerium gegenüber Stellung nehmen, wir müssen versuchen, bei ihm unsere Ansprüche geltend zu machen — selbst auf die Gefahr hin, wieder erfolglos dafür eingetreten zu sein.

Wir dürfen uns nicht beirren lassen, denn wir sind in unserem gesetzlichen Rechte. — Wir wollen Ordnung haben in unseren heimischen Zuständen, eine Ordnung, welche auf der Basis functionirter Gesetze beruht. — Wir führen nicht dem Particularismus das Wort, wir wollen keine privilegierte Stellung beanspruchen, keinen reservirten Platz in dem Völker-Concerte der Stefanekrone, allein wir sind der halben Moseregel gründlich satt, satt der Zustände, welche nicht Fleisch und nicht Fisch sind und in ihrer Unsicherheit fort und fort die geistliche Entwicklung unseres Municipal- und Gemeindelebens lahm legen.

Wir meinen, es sei daher angezeigt, dem neuen Minister des Innern Veranlassung zu bieten, über unsere Zustände nachzudenken. — Wenn wir auch nur einen kleineren Theil der Bevölkerung bilden, das Anrecht auf gerechte Berücksichtigung haben auch wir, machen wir es geltend.

Wie das zu geschehen, die Form mögen unsere politischen Führer ersinnen, — jedenfalls erscheint uns der Versuch gerechtfertigt, zunächst in unseren Municipal-Vertretungen die Frage in den Fluß zu bringen und dieselben zu Kundgebungen und Vorlagen an den neuen Minister zu veranlassen — ist er denselben zugänglich, nun dann ist der Zweck erfüllt, verhält er sich ablehnend, dann haben wir unsere Schuldigkeit gethan und können — warten.

Lange kann voraussichtlich diese Wartezeit nicht dauern, denn die unabweisliche Ordnung der Zustände im ganzen Staatswesen bedingt die Ordnung in den einzelnen Theilen des politischen Verwaltungs-Organismus, und wenn wir wider Erwarten mit unseren Wünschen auch diesmal zu frühe gekommen sind, wenn wir vergebens auch von den neuen Männern, und von der neuen Richtung in den maßgebenden Kreisen die Erfüllung unserer Bitten verlangen, — wir sind ja zäh und geduldig, — nun wir warten dann noch etwas länger. Schließlich kann die Lösung nicht ausbleiben.

## Politische Uebersicht.

Sermannstadt, 8. März.  
Minister-Präsident Freiherr v. Wenzheim richtete eine Art diploma-  
matischen Schreibens an den Banus, in welchem er diesen um thätkräftige  
Unterstützung seitens der kroatischen Abgeordneten bittet. Dafür stellt  
der Minister-Präsident die Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses  
zwischen Croatien und Ungarn in Aussicht.

Die Parteigruppierung — schreibt „Reform“ in der Be-  
sprechung der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. d. M. — scheint  
nahezu beendet zu sein; weder die äußerste Linke, noch die äußerste Rechte  
wird noch einen beträchtlichen Zuwachs erhalten und darf demnach keine  
der extremen Parteien auf ein halbes Hundert Stimmen rechnen. Aus  
dem linken Centrum sind bis heute nur drei Abgeordnete ausgeschieden;  
die äußerste Linke steht als einzige staatsrechtliche Partei und Opposition,  
sich an ihre Prinzipien klammernd, unverändert auf ihrem Standpunkte,  
doch hat sie den Boden unter den Füßen verloren und jedes Auftreten  
der in drei Theile zerfallenen Opposition der Linken (Achtundvierziger,  
Unabhängigkeitspartei und orthodoxes linkes Centrum) wiederholt nur:  
et si fractus illabatur orbis, impavidum serient ruinae. Wenn die  
äußerste Linke aus gebildeteren und politischeren Elementen bestünde, würde  
sie jetzt ebenfalls das Programm ändern und sich anstatt zu der Acht-  
undvierziger, zu einer radikalen Politik entschließen. Das kann sie aber  
nicht thun, weil der Partei hiezu der Geist und die soziale Auffassung  
fehlt. Man kann eben nicht mit Bauernverstand modernen Radikalismus,  
mit rauhem Gemüth idealistische Propaganda machen. Männer, die auf  
europäischem Niveau stehen — alle Achtung vor den Ausnahmen —  
findet man auf der äußersten Linken nur sehr wenige.

Die äußerste Rechte ist ebenso wie die äußerste Linke noch immer  
keine Partei, sondern nur eine Fraktion. Ihr aristokratischer Character  
verleiht ihr aber Gewicht, auch zählt dieselbe einige Redner. Sie hat  
noch keinen Namen, kein Programm, ihre Richtung aber ist bekannt.  
Heute ist dieselbe eher eine persönliche als eine prinzipielle Partei, und  
ihre Elemente sind nicht vollständig homogen. Es bedarf der Wahlen,  
damit dieselbe durchsicht werde, und dann werden wir sehen, was aus  
ihr wird. Es wird jetzt noch stark für die Vermehrung der Partei ge-

## Fenilleton.

### Der Schwur.

Novelle von W. T.  
(Fortsetzung.)

Bei den letzten Worten war er stehen geblieben und schaute mit  
verschlungenen Händen gen Himmel. Sein Gesicht erglänzte unter dem  
Strahl heiliger Begeisterung, so daß er für den Augenblick wenigstens  
die Gegenwart der Herren fast zu vergessen schien, die Beide nicht ohne  
Interesse in die belebten, durchgeistigten Züge des eben noch so ruhigen  
und schüchternen Mannes blickten.

Dann sagte Bruned halb scherzend, halb ernsthaft: „Gib, lieber  
Trautlieb, hüte Sie sich, daß Ihre kleine Frau nichts von diesen Er-  
geisungen vernimmt, wer weiß, sie würde am Ende eiferfüchtig auf Ihre  
Blumen, Ihre Bäume, Ihre Lauben und, aufrichtig gestanden, sie hätte  
einiges Recht dazu.“  
„Meine Frau?“ entgegnete der Pfarrer. „Sie irren sich, Herr  
Baron, sie kennt meine Liebe für die Natur und ist nie eiferfüchtig darauf  
gewesen, denn es wird ihr dadurch Nichts entzogen und gewiß hat sie sich  
noch nie über mich beklagt.“

„Nun, dann ist sie entschieden eine Gattin par excellence, und alle  
übrigen, die meine nicht ausgenommen, könnten von der Pfarrerin zu  
Sollheim lernen, wie man es anzufangen hat, um so nachsichtig und  
anspruchlos zu werden. Aber vielleicht ahnen Sie gar nicht einmal,  
welch eine Perle von Ehefrau sie besitzen; denn, Scherz bei Seite, lieber  
Pastor, ich glaube, Ihr Geschickte bewegt Euch soviel in höheren Regionen,  
daß Ihr gar nicht seht, was so ein armes Menschentind mit seinem  
empfindlichen Herzen Alles haben und genießen möchte, und ahnt nicht,  
daß es am Ende doch noch andere Bedürfnisse gibt, als beständig Gedanken  
und Ideen auf überflüssige Dinge zu richten.“

Jetzt hatte man den Garten in seiner ganzen Ausdehnung durch-  
schritten und stand nun unermüdet an der Hinterseite des Pfarrhauses,  
am Eingang eines Zimmers, dessen große Thüre, von einer üppig grünenden  
Veranda überschattet, offen stand und zum Eintreten einladend schien.

Das Zimmer war geräumig und sonnig; die Ausstattung ohne Luxus,  
aber in seiner Einfachheit äußerst geschmackvoll. Es entsprach den An-  
forderungen, die man an den Geistlichen auf dem Lande zu stellen hat,  
der noch mehr als seine städtischen Amtsbrüder darüber wachen muß, daß  
die Gemeinde keinen Anstoß an überflüssiger Pracht nehme. Einfachheit  
des Wesens, der Sitten und Lebensweise, das sind drei Hauptpunkte, auf  
die jeder Prediger sein Augenmerk richten sollte.

Der einzige Gegenstand, auf welchem das Auge nicht ohne Ueber-  
raschung weilt, war ein prachtvoller Flügel, der geöffnet mitten im  
Zimmer stand. Ein aufgeschlagenes Notenheft bewies, daß das Instrument  
benutzt wurde.

Walter, ein großer Musikfreund, trat näher und warf einen Blick  
auf die Noten. Es war eine jener Mozarti'schen Symphonien, deren  
Spiel einen nicht unbedeutenden Grad von Fertigkeit und Kunstsinne er-  
heischt, weshalb der junge Mann sich auch nicht enthalten konnte, zu  
sagen: „Das ist in der That eine schwierige Aufgabe, Herr Pfarrer, an  
deren Lösung sich nicht Jeder wagt! Sind Sie der Meister, der dieses  
Werk spielt, oder ist es Ihre Frau Gemahlin?“

„Ich spiele gar nicht,“ erwiderte der Gefragte in einem, wie es  
Walter schienen wollte, nicht gerade sehr freundlichen Tone. „Meine Frau  
dahingegen liebt die Musik über Alles und leidet, denke ich, Etwas daran.“  
„Nun, das will ich meinen,“ rief Walter. Dabei berührte er leicht  
die Tasten und horchte voll Entzücken den prachtvollen Tönen, die er  
denselben entlockte. Dann wandte er sich wieder an Trautlieb, der etwas  
abseits stand, und sagte: „Wissen Sie, Herr Pfarrer, daß ich jetzt nicht  
mehr zweifle, Ihre Frau Gemahlin habe gar keine Ursache, Ihrer Passion  
für die Natur mit eiferfüchtigen Blicken zuzusehen? Sie findet reichen  
Erfolg in der Ausübung einer Kunst, die wie die Natur unerhöplich an  
Reiz, an nie verfliegender Fülle, ihren Jüngern Genüsse schafft, von denen

ein Vale kaum einen Begriff hat und der ihn oft für Alles entschädigt,  
was er sonst vielleicht entbehren möchte.“

Walter sprach natürlich nur ganz im Allgemeinen, dennoch schienen  
seine Worte dem Pfarrer nicht unangenehm zu sein, denn einem scharfen  
Beobachter würde die Wolke wohl kaum entgangen sein, die sich momentan  
bei dieser Rede über seine hohe Stirn legte. Doch antwortete er Nichts  
und trat, vielleicht um einem ferneren Gespräch zu entgehen, auf Bruned  
zu, der verschiedene Topfgewächse aufmerksam betrachtete.

Dieser, eingebend seines Vorgesages, das junge Ehepaar einzuladen,  
nahm das Wort und sagte: „Apropos, lieber Pfarrer, darf ich Sie und  
Ihre liebe Gattin Sonntag auf dem Schlosse erwarten? Wir begehen  
den Geburtstag meiner Frau und wollten zur Feier des frohen Tages  
gern einige Freunde bei uns sehen, zu denen wir Sie ganz besonders  
rechnen. Aber keine Ausflüchte! Sie entschließen sich diesmal nicht und  
meine Frau verläßt sich ganz fest darauf, keine Schilbitte zu thun. Sie  
kommen also, nicht wahr?“

„Sie sind sehr gütig, Herr Baron,“ entgegnete etwas befangen auf  
diese dringende Einladung Trautlieb, „und ich werde es mir zur Ehre  
anrechnen, die Wünsche Ihrer Frau Gemahlin zu erfüllen, das heißt,“  
setzte er etwas zögernd hinzu, „was meine Person anbetrifft; meine Frau  
jedoch —“

„Nein, nichts da!“ unterbrach ihn der Baron, „ich dulde hier kein  
„Aber“ und kein „Jedoch“. Ihre Frau muß Sie jedenfalls begleiten,  
denn zu unserm aufrichtigen Bedauern entzieht sie sich allzu sehr unserer  
Gesellschaft.“

Statt aller Antwort verbeugte sich Trautlieb bei diesen schmeich-  
haften Worten; als er aber bemerkte, daß der Baron diese Bewegung  
für eine Zusage nahm, beilte er sich, hinzuzufügen: „Verzeihen Sie,  
Herr Baron, wenn ich nicht glaube, daß meine Frau sich dazu verstehen  
wird, an einer größeren Gesellschaft Theil zu nehmen. Sie hat von jeher  
eine unbedingliche Abneigung gegen alle derartige Luftfahrten gehabt,  
und weder meine Bitten, noch Ueberredungen haben es bisher vermocht,  
sie ihrer Neigung untreu zu machen! Wenn Sie aber die Güte haben

worben, doch mit geringem Erfolg. Betreffs der Mitglieder der Sennep-Partei berichtet „Ellenör“ seine Mitteilungen dahin, daß in die von ihm gebrachte Liste irrthümlich die Namen der Abgeordneten Edmund Szirmay, Franz Berényi, Alos Petrovay und Andreas Toray aufgenommen wurden. Zugleich theilt das genannte Blatt mit, daß nebst den Abgeordneten Eugen Göry und Ludwig Jbranyi der Sennep-Partei beigetreten sind.

Von der neuen Regierung meint „Zastawa“: Ungarn hätte nunmehr ein Cabinet der „koalirten Confusion“. Auf das Verhältnis der Nationalitäten zur neuen Regierung will das Blatt später zurückkommen; jetzt konstatiert es nur, daß im Cabinet weder die catonischen Charaktere der Sennep-Partei, noch auch die catonischen Elemente des Lonyay-Anhanges sitzen. Sodann führt „Zastawa“ die einzelnen Minister ihren Lesern vor und macht über Wendheim den Wig: „Dieser hat gesagt, daß die Serben, wenn es ihnen in Ungarn nicht gefällt, auszuwandern können; nun ist er dazu verurtheilt, fortwährend zwischen Budapest und Wien hin und her zu wandern.“

Das österreichische Abgeordnetenhaus wird nun täglich Sitzungen halten, um das Gebäudesteuer-Gesetz endgiltig zu erledigen. Zahlreiche Amendements zu demselben werden vorbereitet. Insbesondere halten die Vertreter der Industrie im Hause Beratungen, um über die Fassung solcher Abänderungs-Bestimmungen klar zu werden. Inzwischen wird der Eisenbahn-Ausschuß seine Beratungen beschleunigen, um die Erledigung der Regierungsvorlagen noch in dieser Session zu ermöglichen. Dagegen soll das Genbrämmer-Gesetz, dessen Erledigung in dieser Session der Ministerpräsident früher argwarte, nicht mehr in Beratung gezogen werden; Dr. Reichbauer hat schon bei der letzten Abgeordneten-Conferenz die Erklärung abgegeben, daß zur Beratung dieses Gesetzes die vorhandene Zeit nicht mehr ausreicht, und daß, wenn Zeit wäre, dieselbe vielmehr zur Erledigung des Gesetzes über den Verwaltungs-Gerichtshof verwendet werden sollte. Dieser Standpunkt wird nun von der Regierung getheilt. Die Wahl in die Delegation wird erst in einer der letzten Sitzungen des Hauses vorgenommen werden. Das Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses wurde auch dem Präsidenten des Herrenhauses mitgeteilt und von demselben acceptirt.

Die „Presse“ bezeichnet die Nachricht, daß die Sessionsdauer des Reichsraths verlängert werden solle, als unrichtig. In hiesigen Abgeordnetenkreisen wird der 20. März als äußerster Schlusstermin erklärt; bis dahin werden das Gesetz über die Gebäudesteuer und die Eisenbahn-Vorlagen, eventuell mit Zuhilfenahme von Abend-Sitzungen erledigt sein. — Der concessionele Ausschuß vollendete den Entwurf des Altstätten-Gesetzes. — Das Abgeordnetenhaus nahm den § 1 des Gebäudesteuer-Gesetzes mit dem Amendement zur an.

Die altzechischen Blätter veröffentlichen den Wahlaufauf und die Candidaten-Liste für den Landtag. Der Aufruf strotzt von den bestigsten Angriffen gegen die Jungzechen, welche die Bedeutung der Opposition ernstlich gefährden. Die Candidaten-Liste enthält mehrere neue, unbedeutende Namen. Von den Feudalen ist bloß Graf Harrach vorgeschlagen. Mehrere frühere altzechische Abgeordnete haben die Candidatur abgelehnt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die katholischen Bischömer, umfaßt 15 Paragraphen. § 1 bestimmt, daß in allen Erzdiözesen, Diözesen, Delegatur-Bezirken und in den preussischen Antheilen der Erzdiözesen Prag und Olmütz, ferner in den Diözesen Freiburg und Mainz vom Tage der Publikation dieses Gesetzes sämtliche für Bischömer bestimmte Leistungen aus Staatsmitteln eingestellt werden, ausgenommen die Leistungen für Anstaltsgeistliche. Nach § 2 werden die Leistungen wieder aufgenommen, sobald der Bischof der Staatsregierung gegenüber sich schriftlich verpflichtet, die Staatsgelder zu befolgen. Die §§ 3 und 4 ordnen denselben Gegenstand für die Bischömer Gnesen, Posen, Paderborn und jene Bischömer, deren Erledigung erfolgen möchte, bevor der derzeitige Bischof die Staatsgelder wieder anerkennt. Paragraph 8 behält die Verwendung der eingelegenen Dotationen der geistlichen Bestimmung vor und ermächtigt den Gubernator, bei commissarischen Verwaltungen des Bisthumsvermögens die Fortgewährung der zur Verwaltung erforderlichen Mittel zu verfügen. Paragraph 11 bestimmt, daß wer die im Paragraph 2 erwähnte, schriftlich erklärte Verpflichtung widerruft oder derselben zuwiderhandelt, durch ein gerichtliches Urtheil aus dem Amte zu entlassen ist.

Ueber den Stand des Arnim'schen Prozesses wird mitgeteilt, daß der Staatsanwalt Lessendorf noch einen Nachtrag zur Appellationsrechtfertigung eingereicht hat, in welchem er neue Beweise dafür vorzubringen sucht, daß Graf Arnim mit den zurückbehaltenen Aktenstücken gesetzwidrige Zwecke verfolgt habe. Zur Erwidrerung auf diesen Antrag hat Rechtsanwält Mundel die ihm gewährte Frist von vier Wochen nicht ausreißend erachtet und eine Verlängerung derselben erbeten. Nach Allem dürfte das Kammergericht also nicht vor Anfang April in die Verhandlungen der Sache eintreten.

Buffet und Dufaire haben bezüglich des Programmes eine Uebereinstimmung erzielt, die noch vorhandenen Schwierigkeiten betreffen die Vertretung der gemäßigten Rechten im Cabinet und die Wahl der Persönlichkeit für das Ministerium des Innern. Das linke Centrum beschloß, den Eintritt eines Deputirten der gemäßigten Rechten in das Cabinet zu acceptiren, aber die Linke und äußerste Linke verweigern ihre Zustimmung. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden fortgesetzt. Wie

wollen, mir zu folgen und zugleich eine Entschädigung zu sich zu nehmen, dürfte Franziska Zynen persönlich ihre Bestimmung mittheilen.“

Damit öffnete er die Thüre und, vorausgehend, führte er seine Gäste in ein überliegendes Zimmer, wo er seine Frau zu finden hoffte. Dies war jedoch nicht der Fall; denn obgleich Walter nicht ohne Neugier den Raum überblickte, zeigte sich ihm nirgends ein junges, schönes Weib, wie es zu dem Bilde paßte, das ihm seine leicht entzündete Phantasie von der Pfarrerin zu Hellheim vorgezaubert hatte. (Fortsetzung folgt.)

Notiz.

(Die Verschwendung an Hofe des Sultans) wird von dem Sohne des aus dem Osmanischen Prozeß bekannt gewordenen Brassej in einigen kürzlich publizirten Briefen näher beschrieben. Hr. Brassej, Parlamentsmitglied für Gaspas, hat auf seiner eigenen Nacht „Sunbeam“ in den türkischen Gewässern gesteuert. Von Konstantinopel aus schreibt er: „Die autoritative Civilliste des Sultans ist ungefähr 1.200.000 Pfd. St., also mehr als zwölf Millionen Gulden; in Folge mehrerer willkürlicher Zulagen erstreckt sich das Einkommen des Großherrn jedoch auf ungefähr zwei Millionen Pfd. Ueberall den Ufern des Bosporus entlang sieht man Paläste und kunstvolle Kioske, kaum durch eine Meile Zwischenraum getrennt. Einige dieser Gebäude sind im kostbarsten Stile ausgestattet. Das tägliche Diner des Sultans, welcher immer allein speißt, besteht aus 94 Schüsseln, und zehn andere Mahlzeiten werden in anderen Palästen bereit gemacht, falls es ihm einfallen sollte, dort zu diniren. Er hat 800 Pferde, 700 Weiber, bebient und gehalten von 850 Eunuchen. Für diesen enormen Haushalt werden jährlich 40.000 Ochsen geschlachtet; außerdem täglich 200 Schafe zu liefern, ferner 100 Zimmer oder Zelte, 10 Kälber, 200 Hühner, 200 Paar Foulards, 100 Paar Tauben und 50 junge Gänse. Zwischen dieser nichtsnutzigen Schwelgerei am Hofe des Sultans und der Hungersnoth eines Theiles der Bevölkerung seines Reiches besteht ein trauriger Kontrast. Der Gehalt des Großherrn beträgt 300.000 fl., der des Finanzministers 150.000 fl. u. s. w. Außerdem hat jedes Departement sein Separatbudget, welches immer überschritten wird. Jeder Departementschef (Minister) gibt eigene „Mandate“ oder Kassenscheine aus, welche in wucherischer Weise von kleinen Bankiers diskontirt werden. Dieses Vorgehen geht so lange fort, bis die Geldgeber nichts mehr vorzusehen, und dann wird ein großes Anlehen gemacht, um die Scheine einzulösen.“

man glaubt, wird Mac Mahon, wenn die Verhandlungen scheitern sollten, ein außerparlamentarisches Cabinet oder, wie Andere behaupten ein Ministerium Depayre-Jourtau bilden.

Der spanische Gesandte im Vatican soll über die Aufnahme, die ihm von Seite des Papstes zu Theil geworden, ganz enttäuscht sein und nach Hause gemeldet haben, alle Angaben, die über die Stimmung des Papstes zu Gunsten des Carlismus im Umlaufe seien, würden nächstens durch die Veröffentlichung des Briefes widerlegt werden, den Pius IX. an Alfonso geschrieben.

Graf Hagfeld hat neuerdings die gemeinsame Instruction empfangen, in Madrid mit aller Entschiedenheit auf eine baldige definitive Erledigung der „Gustav“-Affaire zu dringen.

Man hat in Petersburg zuverlässige Mittheilungen über die fortgesetzte Geneigtheit der deutschen Regierung, die durch die Brüsseler Konferenz erstrebten Zwecke weiter zu verfolgen. Ausdruck hierfür wird, dem Vernehmen nach, eine dorthin gelangende Erklärung der deutschen Regierung sein. Auch seitens Oesterreich-Ungarns ist eine Note betreffs Theilnahme an den die Fortsetzung der Brüsseler Conferenzen bildenden Petersburger Conferenzen in nächster Aussicht.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Budapest, 5. März. Vicepräsident Bánó eröffnet um 10 Uhr die Sitzung, brachte zahlreiche Einläufe zur Kenntniß und machte sodann die Commissionen namhaft, für welche an Stelle der zur Ministerbank avancirten Mitglieder neue Mitglieder zu wählen sein werden. Nachdem der Vorsitzende noch des Ablebens der Abgeordneten Buda und Bróter gedacht, erhebt sich

Ministerpräsident Wendheim, um die Erklärung abzugeben, daß die Regierung am nächsten Montage darlegen werde, welche Agenden sie noch im gegenwärtigen Reichstage, dessen Dauer sie möglichst kurz bemessen möchte, erledigt zu sehen wünsche. Das Ministerium ist der Ansicht, daß in der laufenden Session vor Allem das Budget für 1875 verhandelt werden muß, hierauf ist die von dem Steueraussschuße erledigten Gesetzesvorlagen und der Cataster-Gesetzentwurf; bezüglich des letzteren walten ohnehin nur in wenigen Punkten Differenzen zwischen beiden Häusern ob. Einige weitere Gesetzesvorlagen sind entweder bereits dem Hause unterbreitet oder werden von der Regierung demnächst vorgelegt werden; die Erledigung derselben wird keinesfalls viel Zeit beanspruchen, nachdem keinerlei principielle Differenzen in Betreff derselben vorwalten. Dazu gehört die Vorlage über die Pensionirung der Volksschullehrer und andere kleinerer Gesetzentwürfe, bezüglich welcher die Regierung wegen Kürze der Zeit naturgemäß noch keine definitive Entscheidung treffen konnte, deren Liste sie jedoch schon in der nächsten Sitzung vorlegen zu können glaubt.

Gesetzentwürfe von größerer Bedeutung, deren Verhandlung längere Zeit beanspruchen würde, beabsichtigt die Regierung im Verlaufe dieser Reichstagsession nicht vorzulegen, weil sie den ehe baldigen Schluß dieses Reichstages für wünschenswerth hält (Zustimmung), schon aus dem Grunde, um zur Ausarbeitung der notwendigen organischen Vorlagen, die ich gestern zu erwähnen die Ehre hatte, Zeit zu gewinnen. (Zustimmung.)

Hierauf verlangt Ernst Simonyi die Finanzpolitik der Regierung kennen zu lernen, und

Finanzminister Széll erwidert ihm mit Folgendem: Mit voller Anerkennung nehme ich die Erklärung des Herrn Abgeordneten entgegen, daß er die Schwierigkeiten des Ueberganges nicht erhöhen werde und gestehe ihm vollständig das Recht zu, von uns eine Darlegung unserer Finanzpolitik zu verlangen. Allein ich muß bemerken, daß das Ministerium eine erschöpfende Darlegung erst dann bieten kann, wenn es ein aus seiner eigenen Initiative hervorgegangenes Budget unterbreitet. Jetzt kann das Ministerium sich nur über dasjenige auslassen, was noch durch den gegenwärtigen Reichstag erledigt werden soll. Am Montag wird die Regierung ihre Ansichten und Wünsche bezüglich der überkommenen Budgetvorlage und zugleich die Hauptrichtung ihrer Finanzpolitik darlegen; ein detaillirtes Finanzprogramm für die Zukunft wird von ihr wohl nicht gefordert werden.

Hierauf bemerkt Frányi, daß noch mehrere Agenden erledigt werden müssen, deren die Regierung nicht erwähnte. Dann richtete Széll die Frage an die Regierung, ob sie sich auch bezüglich der Modalitäten der Budgetverhandlung äußern werde, was der Finanzminister bejaht.

Nun erhebt sich Madarás, um an das neue Ministerium gleich zwei Interpellationen zu richten. Die eine Interpellation geht den Finanzminister an und verlangt Aufschluß über allerhand „Steuerbedrückungen“ in Szentes. Die zweite wendet sich an den Communicationsminister, behandelt die ungarische als Amtssprache im Verkehr der Eisenbahnen und bezieht sich namentlich über die Teichbahn, bei welcher noch immer nicht ungarisch amtshandelt werde. Minister Böchy versichert, in dieser Richtung die von seinen Amtsvorgängern erlassenen Verordnungen streng durchzuführen zu wollen, was der Interpellant mit Befriedigung zur Kenntniß nimmt.

Noch verlangte Frányi die Eidesformel für Minister kennen zu lernen.

Hierauf erfolgte die Präsidentenwahl. Von 447 verifizirten Abgeordneten waren 314 anwesend und von diesen gaben 297 ihre Stimme zu Gunsten Ghyecz's ab, während 17 Stimmen auf Kápló von der äußersten Linken entfielen.

Das Haus nimmt das Ergebnis mit rauschendem Beifall entgegen und bricht, als der Erwählte,

Koloman Ghyecz, auf der Präsidententribüne erscheint, in stürmische, anhaltende Hilarität aus. Das ganze Haus hatte sich zur Begrüßung des Präsidenten erhoben. Als der Beifallssturm sich endlich legte, hielt Ghyecz mit ergreifender, von innerer Bewegung vibrirender Stimme seine Antrittsrede.

Die Auszeichnung — so beginnt Redner — deren Sie mich gütig gewürdigt, kann ich nicht meinen persönlichen Verdiensten zuschreiben (Stürmische Zurufe von allen Seiten: Ja doch!); ich betrachte dieselbe vielmehr als die unmittelbare Folge der eben vollzogenen historisch wichtigen Thatfachen.

Vierzehn Jahre sind es her, als ich die Ehre hatte, die Verhandlungen des geehrten Hauses von diesem Plage aus zu leiten. Während dieser vierzehn Jahre hat es fortwährend hartnäckige erbitternde Kämpfe gegeben, welche ihre ersten Keime in jenem Reichstage hatten, dessen Verhandlungen ich in diesem Hause zu leiten hatte. Ich muß der Vorziehung aus tiefstem Herzen danken, daß sie mich das Ende des staatsrechtlichen Haders erleben ließ. Wenn auch die Ansichten über diese Frage noch immer verschieden sind, so wird dies doch nicht mehr bei den Entscheidungen und Voten der nunmehr zu einer Partei vereinigten zwei großen Parteien maßgebend sein. Sicherlich ist den geehrten Kollegen, als sie heute ihre Stimme mir gaben, der Wunsch vorgeschwebt, daß zu Beginn der Parteivereinigung in diesem Saale Derjenige präsidire, welcher schon an der Wiege der Parteitheilung gestanden.

Geehrtes Haus! Es ist kein Geheimniß, daß nach meiner Ueberzeugung die Regelung des Staatshaushaltes neben der thätlichsten Reduktion der Ausgaben unbedingt auch den Appell an den Opfermuth der Staatsbürger erforderlich macht, daß die Steuerlast — um es deutlich zu sagen — erhöht werden muß. Andererseits jedoch muß ich zu-

geben, daß es einer gewissen Zeit bedarf, damit man sich mit der harten Nothwendigkeit befreunde, und daß eine Vereinigung dissidirender Parteien nicht ohne Kompromiß, ohne KonzeSSIONen von beiden Seiten stattfinden kann. Nichtsdestoweniger glaube ich aus meiner Wahl auf den festen Entschluß der Majorität des Hauses schließen zu dürfen, alle Mittel, wo nöthig auch die Erhöhung der Steuern in Anwendung zu bringen, damit das Gleichgewicht im Staatshaushalte hergestellt und dauernd erhalten werde.

Ferner glaube ich, daß bei meiner Wahl auch daran gedacht wurde, daß die aufrichtige Verschmelzung der nunmehr vereinigten, aber lange Jahre hindurch gegnerischen Parteien schwer gehe. Mich hat das Gesicht so geleitet, daß ich allmählig Mitglied beider Parteien gewesen, und daß man gerade mich gewählt, scheint mir ein Beweis dafür, daß die Kompromissanten ernstlich gewillt sind, nunmehr die Scheidewand zwischen ihnen gefallen, für die gemeinsamen Prinzipien in aufrichtiger, von jedem Hintergedanken freier Gemeinschaft einzutreten. (Lebhafteste Zustimmung.) Diese Vereinigung hat es endlich auch möglich gemacht, daß die Parteien nunmehr sich nach Prinzipien gruppiren, ohne welches ein erprobliches parlamentarisches Wirken undenkbar ist.

Und so empfehle ich mich der wohlwollenden Nachsicht und der freundlichen Unterstützung des geehrten Hauses in meinem Verufe als Präsident, dem ich mich mit voller Kraft hingeben werde. (Brausendes, minutenlang anhaltendes Hissen.)

Noch stellt Präsident Ghyecz die Tagesordnung für die Montags-Sitzung fest — morgen ist Pause und die fälligen Petitionsberichte werden auf den nächstfolgenden Samstag verschoben — dann wird die Sitzung um 12 Uhr Mittags geschlossen.

Aus ungarischen Blättern.

„Pesti Napló“ beschäftigt sich mit Baron Sennep und weist nach, daß seine Budgetrede nichts enthalte, was ihn prinzipiell von der Regierungspartei trenne und stellt ihm schließlich folgende Prognose: Die Sennep-Partei hat heute keine berechtigte parlamentarische Grundlage. Die Männer und die Massen, die sich Sennep anschließen, kann er nicht mit seinen Ansichten überzeugen und mit seinen Prinzipien leiten. Jede Person und jede Masse, die sich ihm anschließt, ist berechtigt, die eigene politische Bestrebung aufrecht zu erhalten. Der Führer wird allmählig die Herrschaft über seine Partei verlieren. Je größer die Partei werden wird, desto eher wird ihre Anziehungskraft den Führer erfassen und in eine Richtung leiten, in welcher er nicht commandirt. In der Wahlbewegung werden die schlummernden Leidenschaften erwachen und man wird eine politische Firma für das Interesse suchen, welches ohne solche sich nicht geltend machen kann. Die Sennep-Partei, welche in der Vergangenheit keine Ideen produziert hat, und in der Gegenwart keine Prinzipien, wird von diesen Leidenschaften als Zweck benützt werden. Darauf machen wir aufmerksam.

Im „Ellenör“ ist Gernatony seinen begonnenen Artikelcyclus unter dem Titel „Umschau“ fort. Heute führt Gernatony aus, daß das Hauptübel in der Vergangenheit darin bestanden habe, daß man der Unten angehöret, sei sie nicht regierungsfähig. Wie die Lage dadurch geworden, das wird er morgen auseinander setzen.

„Hon“ lobt und billigt das Vorgehen des Grafen Lonyay, der auf der Höhe der Situation stehe und die gesunde Parteibildung wesentlich gefördert habe. Es sei gar nichts anders zu erwarten gewesen, als daß ein Graf Lonyay einer liberalen Partei gegenüber keine besondere Opposition bilde und wäre es höchst wünschenswerth, daß die persönliche Politik in unserem Parlamente endlich gänzlich aufhöre. Was Graf Lonyay gegen das Regierungsprogramm vorgebracht hat, ist übrigens ganz falsch.

Er stellt Forderungen, denen gar keine Regierung entsprechen kann und fordert ein Programm der späten Zukunft und gleichzeitig das Versprechen, daß die Regierung alles nur Erdenkliche sofort durchzuführen, hieraus ist ersichtlich, daß jene Besorgnisse, welche den Grafen Lonyay persönlich bewegen, eine unabhängige Stellung einzunehmen, auf überspannte Forderungen zurückzuführen sind. Aber deshalb müsse man dessen Sonderstellung dennoch achten.

„Magyar Politika“ entwickelt das Programm der Sennep-Partei. Das ist mit wenigen Worten darin gegeben, daß das ungarische Interesse gesichert, der ungarische Staat konsolidirt und jeder naturgemäße Fortschritt durchgeführt werde. Der Liberalismus habe gegen diese Bedingungen gefehlt, und der Conservatismus müsse sie jetzt gut machen. „Nemzeti Hirlap“ findet vor Allem eine starke Regierung nötig, welche die ungarischen Interessen zu wahren versteht.

„Jelenkor“ meint, daß die Regierung, wenn sie langwierigen Diskussionen vorbeugen wolle, am besten thut, wenn sie für das ganze laufende Jahr um die Ertheilung der Indemnität ansetzt und das Versprechen abgibt, daß sie wo möglich noch weniger ausgeben werde, als der Finanzausschuß präliminirt.

Im „Magyar Ujsag“ veröffentlicht Daniel Frányi als Präses und B. Solymosy als Schriftführer der 48er Partei einen Aufruf an die Prinzipiengegner, in welchem dieselben aufgefordert werden, im ganzen Lande die staatsrechtliche Opposition nunmehr mit doppeltem Eifer zu predigen. Das linke Centrum habe die Fahne verlassen, die staatsrechtliche Opposition sei jetzt zwar geringer, aber gereinigt. Ungarn werde sich überzeugen, daß so lange der staatsrechtliche Ausgleich bestehe, keine Regierung im Stande sei, das Land zu retten.

„Egyetértés“ meint, die vereinigte neue Partei habe keinesfalls die Berechtigung sich liberale Partei zu nennen, da die liberalen Prinzipien für diese Partei gewiß nicht maßgebend seien.

„Közérdek“ führt aus, daß die ständigen Wählerlisten nicht vor August fertig werden können, und daß demnach die Neuwahlen Anfangs September und die Eröffnung des neuen Reichstages Ende September erfolgen könne.

J u l a n d.

Budapest, 7. März. Wie „Közérdek“ vernimmt, beabsichtigt die liberale Partei Franz Deák eine glänzende Ovation darzubringen. Die vereinigte Partei als solche wünscht ihre Abspaltung, ihre Verehrung und patriotische Anerkennung gegenüber dem großen Partioten und alten Parteiführer zum Ausdruck zu bringen. Ueber die Art der Ovation ist noch kein Beschluß gefaßt, doch findet die Idee überall begeisterte Aufnahme.

Die Ernennung des Barons Gabriel Kemény zum Staatssekretär im Ministerium des Innern ist — wie Koloman Tiba vorgestern im Abgeordnetenhaus erklärte — als vollendete Thatfache zu betrachten. Mit Gabriel Kemény — schreibt „Ref.“ — gewinnt die innere Administration eine sehr befähigte Arbeitskraft, welche insbesondere die verwickelten Verhältnisse des siebenbürgischen Landestheiles gründlich kennt und der Regierung für die glückliche Regelung sicherlich sehr nützliche Dienste leisten wird.

In den der neuen Regierung nachstehenden Abgeordnetenkreisen spricht man — wie „Közérdek“ erfährt — von der Absicht der Regierung, die Budgetverhandlungen möglichst rasch zu beendigen, damit das Abgeordnetenhaus der Osterferien halber seine Sitzungen ungefähr gegen den 20. d. auf beiläufig zwei Wochen vertagen könne. Die neuen Mitglieder der Regierung werden — von den parlamentarischen Agenden nicht in Anspruch genommen — die Pause ausschließlich dazu verwenden,

um sich mit den ab- bekannt zu machen. Lösung der noch v- schäftigen und ist n- lösung des Reichstags

Agrom, 5. stammender Artikel im ungarischen Reich- besigen. Sie wollen eben das Interesse Wien, 6. M. Der Präsident Dr. 12 Uhr.

Der Finanzvor- st. zum Staatsvorant Abgeordneter v- Gründung einer öf- tragt in formeller O- Aufschuß. (Angenoi- Gebäudesteuer-Gesetz- Sartant unwech- thätige Institute bezie- befreuung der Kinde- Anstalten.

Kronawer- tionen oder Privat- Fintel, Armenvorort- und Taubstummen- und für die von der- erklärt sich ferner si- öffentlichen Benützung- öffentlichen, dann vo- mit dem Oeffentlichke- Anstalten, sofern diese- Czervakowsk- demie der bildenden- wicz werden alle- zurückgelegt.

Wien, 6. M- der Advocatenkammer- ziplinaranzeige gegen- Prozeß Dörmheim (s- sprechend ermächtigt- Mitglied mit den Be- Unterzeichnung entschie- zahlreiche Mädchen d- jaher Geliebten, Mar- den Donaukanal gewo- vom Schwurgerichtshe- Der Kaiser von- anlässlich dessen dritter- — Cardinal Rauß- Die „N. Fr- der frühere Leiter de- hauptung des Staats- der Temberg-Gernowit- weist. — Der Eizend- Betreff der Salzkamm- Trießl, 6. M- dem Statthalter von- Jara kommand, heut- nach Wien weitergere- Salato, 5- liberale Blatt Avenit- matiens. Dasselbe st- auf Basis des Staats- desselben machte den-

Berlin, 5. M- Ausfuhrverbot, welche- an das Ausland sofor- Die Commission für d- Antrag Höne's auf T- an. Die Hauptstadt- Centrum will bei Vere- tations-Erhöhuung für- des neuen Bischofsge- Gesetz werden wirkungs- len den dadurch ent- decken werden.

Paris, 5. M- Vertretung der Minor- Dufaire, wie Agence- eingetreten, um das po- der Maires und der S- stellen. Man glaubt, erst dann übernehmen- das Programm mit- Personalfrage noch ni- Paris, 6. M- trum, wenn auch anfa- entschlossen, das erobe- gaffe verharret in uner- mit dem linken Centri- norität im Cabinet d- Buffet befindet sich in- dieser als auch aller ü- Buffet hat demnach an- den Marschall seit gei- zwischen den Gruppen- fort. — Der Präside- ter mit Dufaire. Di- bekannt geworden. — hauptungen mehrerer d- Deutschland nicht ein- Paris, 6. M- Nachgiebigkeit der Mi- Man spricht von der- Renault soll gleichzeit- Versailles, die Vertagung des Ge- Verkauf des Dynamitp- tag, an welchem Tage- handlung des Armeec- Brüssel, 5. M- soll dem Erzbischofe D- zugehaltenden Consistorium



